

**(Abg. Eckardt)**

Hochschulen fortzuschreiben. Da ist sich meine Fraktion mit dem Bildungsministerium einig.

(Beifall DIE LINKE)

Bei aller Anerkennung der Hochschulautonomie müssen sich Land und Hochschulen doch auf eine längerfristige gemeinsame Strategie verständigen, um beispielsweise der demographischen Herausforderung auch im Hochschulbereich begegnen zu können, um an der Ausgestaltung des europäischen Hochschulraums erkennbar teilzuhaben, um im bundesweiten Existenzwettbewerb dauerhaft bestehen zu können, um als Hochschul- und Wissenschaftsstandort international wahrnehmbar zu werden, um den im Lande drohenden Fachkräftemangel zumindest zu lindern oder um der Entwicklung des Wirtschafts- und Technologiestandorts Thüringen hin zu GreenTech und Green Energy und Elektromobilität wichtige Impulse zu geben. Dies sind, wie gesagt, nur einige der bei der Fortschreibung des Landeshochschulplans wichtigen Aspekte. Vieles andere wäre hier noch zu nennen oder zu berücksichtigen, jedoch ist das Plenum nicht der richtige Ort, um in eine umfassende Fachdebatte einzusteigen. Dies sollten wir lieber der gemeinsamen Diskussion im Ausschuss vorbehalten. Meine Fraktion ist dazu bereit. Wir sind auch offen für die Anregungen der LINKEN, den Landeshochschulplan in einen umfassenden Landeswissenschaftsplan zu überführen, aber auch darüber sollten wir im Bildungsausschuss in Ruhe sprechen.

Wenn wir an der Hochschulentwicklungsplanung konzeptionell weiterarbeiten wollen, so kann das aber nicht bedeuten, dass wir einen neuen Landeshochschulplan einfach so bis Ende des Jahres aus den Ärmeln schütteln werden. Wenn man Hochschulplanentwicklung ernst nimmt, dann braucht es für die Erarbeitung derart umfassender konzeptioneller Grundlagen deutlich mehr Zeit. Ich erinnere nur daran, dass der Landeshochschulplan 2001 in einem Zeitraum von rund zwei Jahren entstand. Wollen Sie es in den kommenden zwei, eventuell auch drei Jahren darauf anlegen, die Entwicklung der Thüringer Hochschulen aufs Spiel zu setzen, nur weil Sie dies bis zum Jahresende haben wollen? Wir sollten auch in Ruhe im Ausschuss noch einmal darüber reden. Auch für den FDP-Antrag gilt grundsätzlich die Fortschreibung des Landeshochschulplans. Auch diesen Antrag werden wir an den Bildungsausschuss überweisen. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall SPD)

**Vizepräsident Gentzel:**

Danke, Herr Abgeordneter. Das Wort hat jetzt Abgeordnete Rothe-Beinlich von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

**Abgeordnete Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:**

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, ich möchte mich zunächst einmal für beide Anträge bedanken, und zwar sowohl bei der Fraktion DIE LINKE als auch bei der Fraktion der FDP. Denn, das haben wir soeben auch schon feststellen können, das Thema Entwicklung von Hochschule und Wissenschaft und natürlich auch Forschung in Thüringen interessiert offenkundig nicht nur die Anwesenden, die Studierenden oder Beschäftigten und die Lehrenden, sondern ist für die Gesellschaft und auch für Thüringen insgesamt von hoher Bedeutung. Ich bin sehr froh, dass eben aus den Reihen der SPD zugesagt wurde, dass es durchaus Interesse gibt, zu diesen beiden Anträgen auch im Ausschuss tiefergehend und fachlich fundiert zu beraten. Es ist ja leider nicht in jedem Fall so, dass Anträge an die Ausschüsse verwiesen werden. An dieser Stelle begrüßen wir das ausdrücklich, denn wir glauben, wir brauchen hier tatsächlich eine ernsthafte Debatte. Wir wissen alle, dass unsere Gesellschaft vor großen Herausforderungen steht und dass wir da Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler brauchen, die Antworten auf diese Herausforderungen suchen. Staatssekretär Merten hatte ja vorhin angesprochen, dass es sein Ziel ist - so habe ich ihn jedenfalls verstanden -, all die interessierten Studierenden, die jetzt hier in Thüringen an den Hochschulen sind, auch für Thüringen künftig zu begeistern und für sie hier gewissermaßen auch Arbeitsplätze zu schaffen. Damit die Antworten gefunden werden können, damit wir auch Perspektiven für diese Menschen finden, muss Wissenschaft und Forschung in Thüringen auch frei denken können, braucht entsprechende Rahmenbedingungen und muss sich auch der Verantwortung für eine lebenswerte Welt, für eine offene Gesellschaft und auch für eine faire und nachhaltige Wirtschaft bewusst sein. Dazu braucht es natürlich verlässliche und klare Entwicklungsperspektiven, und genau hier kommt die Verantwortung der Landesregierung ins Spiel. Deswegen unterstützen wir auch beide vorliegenden Anträge. In der Sache und in einzelnen Details, wie gesagt, werden wir sicherlich im Ausschuss diskutieren können. Wir alle haben ja erst vor wenigen Tagen das große grüne Buch vom Rechnungshof bekommen. In dem Bericht des Landesrechnungshofs zum Jahr 2010 hat dieser darauf hingewiesen, dass seit dem Jahr 2009 keine nach dem § 11 Abs. 4 Thüringer Hochschulgesetz erforderliche Hochschulentwicklungsplanung zur Zielsetzung für die strukturelle Entwicklung der Hochschulen besteht. Die Aufstellung einer aktuellen Hochschulentwicklungsplanung wäre also eigentlich keine Kür, sondern eine Pflicht, die sich aus dem Thüringer Hochschulgesetz ergibt. Von daher bedarf es eigentlich keines Antrags für ein solches Tun, sondern nur die Pflichterfüllung durch die Landesregierung, aber ich

**(Abg. Rothe-Beinlich)**

habe ja gehört, dass wir uns hier auf den Weg machen wollen.

Wie Frau Kaschuba eben auch schon ausgeführt hat, ist ja mit der Rahmenvereinbarung III ab 2012 eine Hochschulentwicklungsplanung notwendig, auch und gerade weil dann das Gesamtfinanzierungsvolumen für die Hochschulen ab 2012 belastbar feststeht. Natürlich sind wir da sehr gespannt auf die konkreten Zahlen. Auch wir haben mit Freude zur Kenntnis genommen, dass die Eckdaten der Finanzierungen feststehen, und zwar im positiven Sinne, das hoffen wir jedenfalls. So haben wir den öffentlichen Medien entnommen, dass für den Finanzzeitraum von 2012 bis 2015 insgesamt 1,56 Mrd. € zur Verfügung stehen sollen. Herr Merten hat, glaube ich, die Zahl eben auch erwähnt, 121 Mio. € soll es mehr geben als zwischen 2008 und 2011 und pro Jahr - ich glaube, diese Zahl hat Frau Kaschuba eben schon angesprochen - 40 Mio. € mehr für den Hochschulbau. Dass diese wichtig und unerlässlich sind, hat Frau Hitzing auch mit ihrem Bericht von ihrer Hochschultour hier eben noch einmal dargestellt. Das ist in jedem Fall positiv zu bewerten, bedenkt man insbesondere die Zurückführung - wenn ich es mal positiv nennen soll - der Mittel des Landeshaushalts und die Kürzungen der Landesregierung im zweistelligen Millionenbereich noch im letzten Haushaltsjahr, auch wenn Sie das immer ungern hören, Herr Staatssekretär Merten. Allerdings muss man sehr genau hinschauen. Denn trotz der leicht steigenden Zuschüsse werden die Hochschulen insgesamt mit weniger Geld auskommen müssen. Das muss man nämlich auch zur Kenntnis nehmen; die Kostenseite steigt selbstverständlich auch. Ich nenne da nur mal die Personal-, die Sach- und Energiekosten. Jetzt wird es vielleicht ganz interessant, Herr Merten, denn Sie haben Herrn Prof. Dr. Dicke zitiert. Ich würde ihn auch gern zitieren, allerdings in eine andere Richtung. Der Vorsitzende der Thüringer Rektorenkonferenz hat nämlich auch schon darauf hingewiesen, dass die Hochschulen sparen werden müssen, auch Personalabbau und Schließungen von Abteilungen seien denkbar. Das klingt für mich etwas anders als das, was Sie eben ausgeführt haben. Aber sicher gibt es auch bei Herrn Prof. Dr. Dicke eine differenzierte Sichtweise auf die Problematik.

Dass Personalabbau im Hochschulbereich nicht frei erfunden ist, das zeigt ja auch das Stellenabbaukonzept der Landesregierung, welches einen Stellenabbau von 238 Stellen im Hochschulbereich impliziert, so jedenfalls habe ich dieses Konzept gelesen. Hier muss ich noch einmal herausstellen, dass Stellenstreichungen im Hochschulbereich aus unserer Sicht nicht akzeptabel sind, wenn wir auf der anderen Seite die ganze Zeit davon reden, dass wir mehr Studierende brauchen, mehr Fachkräfte, bessere Qualität in der Lehre, bessere Forschungsergebnisse und mehr Exzellenz. Wie soll denn das

gehen mit weniger Personal? Das muss mir jedenfalls die Landesregierung erst einmal erklären. Das ewige Mantra vom Wettbewerb unter den Hochschulen und der Schaffung von Leistungsanreizen in der Hochschullandschaft kann man langsam nicht mehr hören. Mir jedenfalls geht das so. Was wir brauchen, ist eine bedarfsdeckende staatliche Finanzierung der Hochschulen und keine starre Fixierung auf Drittmittelerwerb. Auch auf diese Problematik ist meine Kollegin Kaschuba von der Fraktion DIE LINKE bereits eingegangen.

Wir setzen auf die wirtschaftliche Unabhängigkeit von Wissenschaft. Daher lehnen wir auch eine - das sage ich sehr deutlich - einseitige Drittmittelfixierung ab. Denn immer deutlicher wird, dass die Modernisierung von Hochschulen neue Leitbilder braucht und wir auch wegkommen müssen von der Engführung - so will ich es mal nennen - auf das Leitbild der unternehmerischen Hochschule. Wir meinen, eine zukünftige Hochschulentwicklungsplanung muss sich neben all den anderen wichtigen Fragen, die auch in den vorliegenden Anträgen angesprochen sind, insbesondere an den grundlegenden Eckpfeilern - gestatten Sie mir, dass ich hier ein paar Begriffe nenne wie Nachhaltigkeit, Diversität, Partizipation und Regionalisierung und aber gleichzeitig auch Internationalisierung - ausrichten; zumindest dann, wenn wir zukunftsfähig sein wollen und wenn wir vielleicht auch ein Stück weiter vorankommen wollen bei Wettbewerben wie der Exzellenzinitiative, wo wir ja bisher nicht punkten konnten.

Unser Ziel ist ein gerechtes Bildungswesen und dazu braucht es Ideen und wirkliche Strategien, wie die gesellschaftliche Vielfalt auch auf dem Campus ankommen kann. Immer noch bestimmt auch in Thüringen die soziale Herkunft viel zu stark den Verlauf der Bildungsbiographie. Ich will deshalb auch sehr deutlich - den Rechnungshof habe ich ja an einer anderen Stelle eben positiv zitiert - auch einmal eine Aussage in Richtung Herrn Dette machen: Studiengebühren können dafür keine Lösung sein, denn genau das würde Menschen, die es ohnehin schon schwerer haben, höhere Bildungsgänge zu erreichen, noch eher davon abschrecken, überhaupt ein Studium aufzunehmen. Wir freuen uns jedenfalls auf die Debatte im Ausschuss zu beiden Anträgen und werden uns gern und konstruktiv daran beteiligen. Vielen herzlichen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsident Gentzel:**

Danke, Frau Abgeordnete. Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Voigt, von der CDU-Fraktion.